

1/2013: Die wichtigsten Nicht-Meldungen des kommenden Jahres

Welche besonders wichtigen Meldungen aus dem Fachgebiet und seinen Randgebieten es 2013 geben wird, werden Sie natürlich wie üblich getreulich aus diesen Seiten hier erfahren, versprochen.

In diesem Heft geben wir Ihnen schon mal einen kleinen Überblick über die wichtigsten Meldungen, die Sie wahrscheinlich im kommenden Jahr nicht in den DWV-Mitteilungen und auch nirgendwo sonst finden werden.

30. Januar: Der wiedergewählte US-Präsident Obama stellt nach seiner Amtseinführung sein Kabinett für seine zweite Amtszeit vor. Zur allgemeinen Überraschung will er zumindest einige seiner Wahlversprechen erfüllen, unter anderem das, dem Klimaschutz eine bedeutende Rolle zu geben. Neuer Energieminister wird Antonio Ruiz, der bisher im Ministerium für die Brennstoffzellenprogramme des Hauses verantwortlich war. Über seinen Vorgänger Chu sagt Obama, dieser sei ein exzellenter Fachmann, aber ein wenig lebensfremd gewesen, und er habe bei den wirklich wichtigen Dingen nur wenig bewirkt. Zu diesen zählt er offenbar die Einführung von Wasserstoff als Energieträger und von Brennstoffzellen in allen möglichen Anwendungen.

8. März: Die Bundesregierung beschließt eine neue Richtlinie für die Beschaffung von Dienstwagen für die Regierung und die obersten Bundesbehörden. Wichtigstes Kriterium soll neben der Sicherheit der Insassen der CO₂-Ausstoß sein. Alles soll eine Nummer kleiner werden, Hybridfahrzeuge werden bevorzugt. Angesichts der positiven Entwicklung der Zahl der Wasserstoff-Tankstellen in Deutschland soll mittelfristig auf Brennstoffzellenautos umgestiegen werden.

15. April: Israel und Jordanien einigen sich über die Verwendung des Wassers aus dem Jordan. Dieser Punkt hatte in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten zwischen den beiden Ländern geführt. Der Vertrag sieht vor, nur noch so viel Wasser zu entnehmen, wie ökologisch verträglich ist, wobei man besonders den in den letzten Jahren drastisch gesunkenen Spiegel des Toten Meeres im Auge hat. Israel stellt Jordanien moderne Technologie zur Verfügung, mit der man den Wasserbedarf in der Landwirtschaft deutlich senken kann. In einem parallelen Schritt schließen die Anliegerstaaten von Euphrat und Tigris ein Abkommen über eine gemeinsame Verwaltung von deren Wasser.

3. Mai: Die Anliegerstaaten der Arktis schließen einen Vertrag, in dem sie auf territoriale Ansprüche außerhalb ihrer unmittelbaren Küstengewässer verzichten. Weiterhin sollen Öl- und Gasbohrungen sowie der Abbau sonstiger Bodenschätze in der Arktis unterbleiben. Damit lehnen sie sich an den Antarktis-Vertrag an. Es wird ein von allen Staaten unterstützter Fonds eingerichtet, der Maßnahmen für den Klimaschutz vorbereiten und durchführen soll, denn in den Permafrostgebieten der Arktis wirkt sich die globale Erwärmung besonders deutlich und nachteilig aus.

28. Juni: Auf einem Klima-Sondergipfel in Reykjavik einigen sich die Staaten der Welt mit Ausnahme von Katar und Monaco auf verbindliche Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die bisherigen Gipfeltreffen hatten wegen ihrer end- wie auch ergebnislosen Beratungsmarathons heftigen Unmut ausgelöst.

14. Juli: Der Irak beschließt, von der Möglichkeit, einer der größten Ölproduzenten der Welt zu werden, keinen Gebrauch zu machen, sondern stattdessen das Zentrum der Solarenergie zu werden. Sonne gibt es in dem Land reichlich, und ausländische Investoren sollen mit günstigen Bedingungen dazu gebracht werden, Solarparks aufzubauen. Dies soll zunächst der einheimischen Wirtschaft zu Gute kommen, aber andererseits auch Stromexporte ermöglichen. Es wird eine enge Partnerschaft mit dem Desertec-Programm im Mittelmeerraum angestrebt. Mehrere Nachbarländer des Irak haben bereits Interesse an einer Zusammenarbeit angemeldet.

1/2013: Die wichtigsten Nicht-Meldungen des kommenden Jahres

29. August: In einem internationalen Forschungsprogramm wird ein preiswerter Katalysator entwickelt, der die Wasserspaltung durch Sonnenlicht unter Umgebungsbedingungen mit akzeptabler Ausbeute möglich macht.

18. September: Jetzt wissen wir endlich, warum sich bei Porsche hinsichtlich Wasserstoff und Brennstoffzellen so lange scheinbar nichts getan hat. Hinter den Kulissen waren die Zuffenhausener emsig tätig und enthüllen nun ihre Pläne, den schnellsten Brennstoffzellenwagen der Welt zu bauen, der auf öffentlichen Straßen verkehren darf.

2. Dezember: Die Bundestagswahl ist vorbei, die neue Bundesregierung ist im Amt, und die Überraschung ist nicht so sehr, wer auf dem Kanzlersessel sitzt, sondern dass der Klimaschutz und die Energiepolitik so einen hohen Stellenwert für die nächste Wahlperiode haben. Der Klimagipfel von Reykjavik im Sommer hat offenbar doch seine Folgen gehabt. Dass das Amt des Vizekanzlers vom Umwelt- und Klimaschutzminister wahrgenommen wird, ist jedenfalls eine Neuigkeit. Auch in der ersten Regierungserklärung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Energiewende stärker voranzutreiben als bisher. Die Frist für die Genehmigung von unterirdischen Wasserstoffspeichern als Zwischenpuffer für Überschüsse an erneuerbarer Energie soll deutlich verkürzt werden.

Schon gut, schon gut, diese Nachrichten werden Sie wirklich nicht in den Zeitungen des kommenden Jahres finden. Sie müssen auch nicht unbedingt jedes Wort hier auf die Goldwaage legen. Aber das eine oder andere wäre doch gar keine so schlechte Idee, oder? *us*